



Gesundheitsministerin Brigitte Bourguignon hat einen ersten Gesetzentwurf betreffend der weiteren Gesundheitsgesetzgebung wegen der Covid-19-Pandemie an den Staatsrat geschickt.

Wird der Gesundheitspass wieder eingeführt? Die französische Regierung erwägt tatsächlich, den Gesundheitspass bei der Einreise nach Frankreich, Korsika und in die Überseegebiete wieder einzuführen. Dies geht aus einem Gesetzesentwurf hervor, der darauf abzielt, **bis März 2023** „ein System der Gesundheitsüberwachung und -sicherheit“ aufrechtzuerhalten.

Das Dokument, das von der Website Atlantico veröffentlicht wurde und dessen Authentizität vom Gesundheitsministerium gegenüber der Agentur AFP bestätigt wurde, sieht jedoch weder eine Verlängerung des Gesundheitsnotstands über den 31. Juli hinaus vor, noch einen Gesundheits- oder Impfpass, um den Zugang zu bestimmten Orten oder Versammlungen innerhalb Frankreichs zu beschränken.

Der Text enthält drei Artikel, darunter einen, der den Premierminister ermächtigt, per Dekret die Vorlage eines Gesundheitspasses (negativer Test, Impfnachweis oder Genesungsbescheinigung) ab 12 Jahren vorzuschreiben, um „nach oder aus dem französischen Staatsgebiet, Korsika oder einem der Überseegebiete“ zu reisen. Dieser Gesundheitspass könnte auch „für Personal gelten, das in den betreffenden Verkehrsdiensten tätig ist“.

Die Regierung will auch die Datenbanken SI-DEP (Ergebnisse von Screeningtests) und Contact Covid (infizierte Personen und Kontaktfälle) bis zum 31. März 2023 verlängern. Darüber hinaus soll ein „Ausschuss für die Überwachung und Antizipation von Gesundheitsrisiken“ eingerichtet werden, der den Ministern für Gesundheit und Forschung unterstellt ist. **Diese neue Instanz soll „Stellungnahmen zur Gesundheitslage und den damit verbundenen wissenschaftlichen Erkenntnissen“ abgeben und „Empfehlungen formulieren“ können.**

Der Gesetzentwurf „wurde in den letzten Tagen an den Staatsrat weitergeleitet“ und „wird vor seiner Vorlage im Ministerrat mit den politischen Kräften diskutiert, wie wir es immer getan haben“, erklärte das Kabinett der Gesundheitsministerin Brigitte Bourguignon.